

Anika Oettler

Zwischen Vergangenheit und Zukunft: Vergangenheitspolitik in Zentralamerika

Als im Dezember 1996 die guatemaltekeische Regierung und die Guerilla URNG (*Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca*) das Abkommen über den “festen und dauerhaften Frieden” unterzeichnet hatten, ging die Ära der bewaffneten Aufstände in Zentralamerika zu Ende, die die Region seit den 1970er Jahren in den Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit gerückt hatte. Die Aufarbeitung der zentralamerikanischen Vergangenheit beinhaltet im Wesentlichen die Dekaden der 1970er und 1980er Jahre, in denen der Kalte Krieg sich auf die geostrategisch bedeutsame Region der mittelamerikanischen Landbrücke erstreckte und in denen die Misere der Verarmten und die Reformresistenz der Oligarchien zu einem explosiven Gemisch wurden, das sich in Repression und Krieg entlud. Als in den 1990er Jahren formale Demokratien zur Norm wurden, blickten die zentralamerikanischen Gesellschaften auf die blutigen Hinterlassenschaften der militärischen Aufstandsbekämpfung zurück: Die Hauptleidtragenden waren insbesondere die Zivilbevölkerungen. In Panama und Honduras wurden Hunderte von Opfern beklagt, in Nicaragua waren Zehntausende dem Contra-Krieg zum Opfer gefallen. In El Salvador hatte der Terror etwa 70.000 Opfer gefordert und in Guatemala hatte man 200.000 Menschen ermordet. Aufstandsbekämpfung und Krieg hatten darüber hinaus Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht.

Vor dem Hintergrund des Staatsterrors in El Salvador und Guatemala wird das Problem der Menschenrechtsverletzungen zumeist mit diesen beiden Ländern assoziiert, doch auch in anderen Staaten der Region ist die Frage des Umgangs mit den im 20. Jahrhundert verbreiteten Praktiken der Menschenrechtsverletzungen eine zentrale politische Herausforderung. Dieser Beitrag macht dies anhand der Beispiele aus Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Panama deutlich.¹

¹ Von der folgenden Darstellung sind Costa Rica und Belize ausgenommen, da in diesen beiden Ländern in den vergangenen Jahrzehnten extralegale Hinrichtungen und Verschwindenlassen keine systematisch angewandten Repressionspraktiken waren.

1. Über die aufzuarbeitenden Vergangenheiten

Doch zu welchen historischen Zeitpunkten wurde und wird sich in Zentralamerika mit welcher Vergangenheit auseinandergesetzt? König/Kohlstruck/Wöll (1998: 7) folgend kann Vergangenheitsbewältigung als

Sammelbezeichnung für jene Aktivitäten [verstanden werden], mit denen sich demokratische und auf die Menschenrechte verpflichtete politische Systeme und Gesellschaften mit ihren durch Diktatur und Verbrechen gekennzeichneten Vorgängersystemen auseinandersetzen.

Diese Definition ist im Lichte zentralamerikanischer Verhältnisse nicht unproblematisch. Zunächst beinhaltet sie die Vorstellung einer chronologischen Abfolge, die sich durch einen politischen Systemwechsel und die sich daran anschließende Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Vorgängerregimes auszeichnet. Eine solche Abfolge, die sich etwa in Südafrika, Chile, Argentinien und in vielen Staaten Osteuropas erkennen lässt, ist in Zentralamerika nicht durchgängig zu beobachten.

In Honduras wurden während der Militärregierungen der 1970er Jahre nur in sehr geringem Ausmaße Menschenrechtsverletzungen verübt. Der formale Übergang zur Demokratie fand 1982 statt und wurde von einer signifikanten Verschlechterung der Menschenrechtslage begleitet. In Honduras wurde das Gros der Menschenrechtsverletzungen während der zivilen Regierungen der 1980er Jahre vor dem Hintergrund der besonderen strategischen Bedeutung des Landes begangen (Kaye 1997: 694). Als in den 1990er Jahren Vergangenheitspolitik betrieben wurde, bezog sich diese auf Verbrechen, die von zivilen Regierungen (mit) zu verantworten waren.

In El Salvador und Guatemala erfolgte der Übergang zu einem formal-demokratischen System zwar bereits Mitte der 1980er Jahre (1984 und 1986), bedeutete jedoch nicht die grundsätzliche Achtung der Menschenrechte. In beiden Ländern dauerten die Bürgerkriege noch lange Jahre – in El Salvador bis Anfang 1992, in Guatemala bis Ende 1996. Somit waren in diesen Fällen die Systemwechsel vergangenheitspolitisch weit weniger relevant als die verhandelte Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung. Die Friedensverträge legten in beiden Fällen den Grundstein für die institutionalisierte und legitimierte Aufarbeitung der Vergangenheit.

Nicaragua stellt innerhalb des Kreises militärischer Diktaturen und ihrer formaldemokratischen Fassaden einen Sonderfall dar. Als 1979 die Sandinisten ihren Aufstand siegreich beendeten und in Managua die Macht übernahmen, begann ein zweites sozialrevolutionäres Experiment im so genannten US-amerikanischen Hinterhof. Unterstützt von Washington führten in der

Folge die Contras einen schmutzigen Krieg, der nach der Wahlniederlage des FSLN (*Frente Sandinista de Liberación Nacional*) 1990 beendet wurde. Die Menschenrechtslage in Nicaragua war in den Jahren 1979 bis 1990 weniger durch die Verletzung des Rechtes auf Leben und körperliche Unversehrtheit gekennzeichnet als vielmehr durch die Beschneidung bürgerlicher Freiheiten. Die sandinistische Herrschaftsform zeichnete sich durch die enge Verflechtung von FSLN, Staat und sandinistischen Massenorganisationen aus. Für die politische Kultur dieser Jahre war die autoritäre Hierarchie einer revolutionären Organisation prägend. Der Systemwechsel in Nicaragua bestand im Übergang von einer Demokratieform, die sich durch die Dominanz des FSLN in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auszeichnete, hin zu einer defizitären Demokratie westlichen Zuschnitts.

Panama war seit seiner Unabhängigkeit von Kolumbien im Jahre 1903 bis 1968 formal betrachtet eine Demokratie. Mit dem Putsch durch die Nationalgarde im Oktober 1968 begann eine Phase der Diktaturen der Generäle Omar Torrijos und Manuel Noriega. Die Rückkehr zur Demokratie wurde schließlich im Jahr 1989 mit der Invasion durch US-amerikanische Truppen ("Operation Just Cause") eingeleitet. Bei der in Panama aufzuarbeitenden Phase der diktatorischen Regierungspraxis handelt es sich nicht um eine rein nationale Geschichte, sondern in erheblichem Maße um das Produkt der US-amerikanischen Einflussnahme. Dies gilt in unterschiedlicher Quantität und Qualität auch für die anderen hier behandelten Länder.

Die oben angeführte Definition von "Vergangenheitsbewältigung" legt zweitens nahe, dass ausschließlich "demokratische und auf die Menschenrechte verpflichtete" politische Systeme und Gesellschaften Vergangenheitspolitik betreiben. Viele der zentralamerikanischen Demokratien zeichnen sich jedoch nach wie vor durch eine unzureichende Kontrolle ziviler Gewalt über die Militärs sowie durch ineffiziente Strukturen des Justizsystems aus. Die Aufarbeitung von schweren Menschenrechtsverletzungen vollzieht sich daher in einem gesellschaftlichen Umfeld, das vom Fortbestehen autoritärer Strukturen und einer selektiv fortgesetzten Praxis von Menschenrechtsverletzungen geprägt ist.²

2 Einen Sonderfall stellt Nicaragua dar. Nach der Transition flammten erneut bewaffnete Auseinandersetzungen auf, die von ehemaligen Soldaten (*recompas*) und Contras (*recontras*) ausgingen.

2. Vergangenheitspolitische Wege

Am Ende des 20. Jahrhunderts stellte sich in vielen Ländern Lateinamerikas die Frage, wie mit der jüngsten Vergangenheit umzugehen sei. Ergebnis der lateinamerikanischen Debatten, in denen die Befürworter eines Schlussstrichs mit denjenigen stritten, die eine konsequente Strafverfolgung einforderten, war die Etablierung der Wahrheitskommission. Dabei handelt es sich um investigative Instanzen, die für einen festgelegten Zeitraum eingerichtet werden, um Menschenrechtsverletzungen einer vergangenen Epoche zu untersuchen und einen entsprechenden Abschlussbericht vorzulegen. Wichtigste Tätigkeitsfelder waren in diesem Zusammenhang die Anhörung von Zeugen und die Auswertung unterschiedlichster Dokumentationen. Ihr Mandat beinhaltete darüber hinaus die Formulierung von politischen Handlungsempfehlungen, etwa für Entschädigungen oder zur Strafverfolgung (Kritz 1995; Hayner 2001; Oettler 2004b).

In Lateinamerika wurden seit 1979 offizielle Wahrheitskommissionen in Uruguay, Chile, Argentinien, El Salvador, Guatemala, Panama, Peru und Paraguay eingesetzt.³ Wie Fuchs/Nolte (2004: 62f.) herausgestellt haben, steht die Einsetzung einer Wahrheitskommission zumeist für eine erste Phase der Aufarbeitung:

Selbst nachdem politische Grundsatzentscheidungen (über Amnestien, Wahrheitskommissionen etc.) getroffen und umgesetzt worden waren, drängte das Thema in vielen Ländern immer wieder von neuem auf die politische Agenda.

Ein geplanter Einsatz vergangenheitspolitischer Instrumente in der unmittelbaren Folge eines einschneidenden politischen Wechsels erfolgte in Zentralamerika nur in El Salvador und Guatemala (Kurtenbach 1996). In beiden Ländern kreisten die Friedensverhandlungen zwischen Regierung und Guerilla nicht nur um die Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung, sondern auch um ein breiteres Reformprogramm. In beiden Ländern wurde mit der Entscheidung zur Einsetzung einer Wahrheitskommission ein vergangenheitspolitischer Weg eingeschlagen, der eine Alternative zu Strafprozessen bieten sollte. Gleichwohl ließ die Unterzeichnung der Friedensabkommen in beiden Fällen die Möglichkeit einer strafrechtlichen Ahndung

3 In mehreren lateinamerikanischen Ländern gab es wahrheitskommissionsähnliche Projekte zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen. Neben der Initiative des honduranischen Menschenrechtsbeauftragten sind kirchliche Projekte in Brasilien, Paraguay und Kolumbien zu nennen (Nolte 1996).

von Menschenrechtsverletzungen offen.⁴ In Panama wurde eine staatlich sanktionierte Vergangenheitspolitik erst eine Dekade nach dem Sturz von General Noriega eingeleitet, als Präsidentin Moscoso 2001 die Einsetzung einer Wahrheitskommission dekretierte.

2.1 Vergangenheitspolitik in El Salvador

Als die salvadorianische Regierung und der *Frente Martí para la Liberación Nacional* (FMLN) am 16. Januar 1992 das Abkommen von Chapultepec unterzeichneten, hatten sie nicht nur die Einsetzung einer Wahrheitskommission vereinbart, sondern auch die Einrichtung einer aus Salvadorianern bestehenden „Ad-hoc-Kommission“, die die Verstrickung von Militärangehörigen in die Ausübung von Menschenrechtsverletzungen untersuchen sollte (Buergethal 1995). Letztere legte Ende Oktober 1992 ihren Untersuchungsbericht vor, der entgegen aller Erwartungen die Namen von mehr als hundert Militärangehörigen, u.a. des Verteidigungsministers General René Emilio Ponce, aufführte (Kaye 1997). Die von der UNO finanzierte und aus ausländischen Mitgliedern zusammengesetzte Wahrheitskommission präsentierte am 15. März 1993 ihren Abschlussbericht. Die Wahrheitskommission, die damit beauftragt worden war, eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, die die salvadorianische Gesellschaft besonders bewegt hatten, dokumentierte in ihrem Bericht insgesamt 32 solcher Fälle und führte sowohl den Hergang und Hintergrund der Taten als auch die Namen der Verantwortlichen auf. Wenngleich sich die Wahrheitskommission in ihren Empfehlungen nicht für die Einleitung von Strafprozessen aussprach, wies sie doch ausdrücklich auf die Konsequenzlosigkeit bisheriger Prozesse hin.⁵

Viele der Empfehlungen der salvadorianischen Wahrheitskommission unterstrichen die in den Friedensabkommen vereinbarten Reformvorhaben. So verwies die Kommission nachdrücklich auf die erforderliche Unterordnung des Militärs unter die Zivilgewalt, auf die Reformierung des Justizwesens und die Einrichtung der neuen „Zivilen Nationalpolizei“. Weitere Emp-

4 Noch im Januar 1992 wurde in El Salvador ein Amnestiegesetz verabschiedet, das jedoch die Personen ausnahm, die von der künftigen Wahrheitskommission als Täter ausgemacht werden würden. In Guatemala enthielt das Amnestiegesetz, das fast zeitgleich mit der Unterzeichnung des „festen und dauerhaften Friedens“ (Dezember 1996) verabschiedet wurde, die Möglichkeit, Folter, Genozid und Verschwindenlassen strafrechtlich zu ahnden.

5 So wurde etwa im Fall der Ermordung der sechs Jesuiten (1989) darauf verwiesen, dass zwei der (ausführenden) Täter zwar 1991 verurteilt worden seien, die geistigen Urheber der Tat, unter anderem General René Emilio Ponce, jedoch straffrei geblieben seien.

fehlungen zielten auf moralische Reparationen (Monumente, Nationalfeiertage) und materielle Entschädigungen. Da die Verhandlungsparteien die Empfehlungen im Vorfeld als bindend akzeptiert hatten, standen die auf Lustration zielenden Empfehlungen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die von der Wahrheitskommission nahegelegte "Säuberung" sollte über die Entlassung von Militärangehörigen hinausgehen und auch Mitglieder ziviler Regierungen und Richter betreffen, die an der Ausübung, Vertuschung oder Nichtahndung von Verbrechen beteiligt gewesen waren. Alle Personen, einschließlich einiger FMLN-Kommandanten, denen Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen werden konnten, sollten für mindestens zehn Jahre keine öffentlichen Ämter mehr bekleiden dürfen. Diese Empfehlung wurde indes nicht nur als verfassungswidrig abgelehnt, sondern zudem als eine Bestimmung, welche die Integration der aufständischen Gewaltakteure in das demokratische System verhindern würde (Popkin 2000: 128).

Der Bericht der Kommission wurde nach seiner Veröffentlichung von ranghohen Militärangehörigen, von rechten Politikern und vom Obersten Gerichtshof als zu tendenziös zurückgewiesen. Da jedoch der UN-Generalsekretär und die US-Regierung erheblichen Druck auf die Regierung in San Salvador ausübten, wurden alle namentlich im Bericht der "Ad-Hoc-Kommission" aufgeführten Militärangehörigen abgesetzt. Andererseits wurde ein Amnestiegesetz wirksam, das nur zwei Tage nach der Veröffentlichung des Berichtes verabschiedet worden war und unter anderem die Freilassung zweier Militärs bedeutete, die im Fall der Ermordung von sechs Jesuiten der UCA (*Universidad Centroamericana*), einer Köchin und ihrer Tochter (1989) verurteilt worden waren. Damit fanden Prozesse einer Disqualifizierung von Tätern und einer Rehabilitierung von Tätern gleichzeitig statt.

Die Absetzung der Militärangehörigen war die einzige greifbare Folge institutionalisierter Wahrheitsfindung in EL Salvador. Die Empfehlungen der Kommission verschwanden schnell wieder von der innenpolitischen Agenda. Seit der Veröffentlichung des Wahrheitsberichtes haben sich weder Vertreter des Staates noch des FMLN öffentlich für die begangenen Verbrechen entschuldigt. Der FMLN konzentrierte seine Politik in der Nachkriegszeit auf die Veränderung des institutionellen Gefüges (etwa auf die Einrichtung der *Policía Nacional Civil*) und war nicht an der Durchsetzung einer umfassenden Säuberung, die auch die Parteispitze selbst betroffen hätte, interessiert. Obwohl vereinzelt Menschenrechtsorganisationen um Strafprozesse, Entschädigungen und fortgesetzte Aufklärung rangen, war die organi-

sierte Zivilgesellschaft insgesamt zu schwach, um auf die Umsetzung der Empfehlungen zu drängen.

Im Oktober 2000 entschied der Oberste Gerichtshof El Salvadors, dass die 1993 erlassene Amnestie verfassungsgemäß sei. Über die strafrechtliche Verfolgung von zivilen Funktionsträgern, die zwischen 1989 und 1994 unter Verstoß gegen die Verfassung in Straftaten involviert waren, sollte die Justiz in Einzelfällen entscheiden.

2.2 Aufklärung, Strafverfolgung und Entschädigungen in Guatemala

Die Einsetzung der guatemaltekischen Wahrheitskommission ist nur eines von vielen Verhandlungsergebnissen zwischen der guatemaltekischen Regierung und der URNG (*Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca*) (Wilson 1997; Forsberg/Teivanen 1998; Jonas 2000; Oettler 2004a). Über den Einsatz vergangenheitspolitischer Instrumente hatten beide Seiten jahrelang erbittert verhandelt. Streitpunkt war neben möglichen gerichtlichen Konsequenzen vor allem die Frage, ob die künftige Kommission befugt sein solle, die Namen der Täter zu ermitteln und zu veröffentlichen. Die schließlich 1994 erfolgte Unterzeichnung des Abkommens zur Einsetzung der „Kommission zur historischen Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten, die bei der guatemaltekischen Bevölkerung Leid verursacht haben“ kam insbesondere auf Druck jener Regierungen zustande, die als „Gruppe der Freunde“ in den Friedensprozess eingebunden waren und angesichts des im gleichen Jahr im mexikanischen Chiapas ausgebrochenen Konfliktes auf eine schnelle Lösung der bewaffneten Auseinandersetzung in Guatemala drängten. Trotz vieler Befürchtungen sollte die Kommission, die keine Täteridentitäten ermitteln, aber in einem Zeitraum von maximal 24 Monaten alle Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten der vergangenen 36 Jahre detailliert aufklären und dabei alle internen und externen Faktoren einbeziehen sollte, ein ebenso fundiertes wie brisantes Ergebnis vorlegen (Tomuschat 2000).

Für den guatemaltekischen Prozess der Aufarbeitung der „bewaffneten Auseinandersetzung“ war zunächst eine kirchliche Initiative bedeutend, die sich um den 76-jährigen Bischof Juan Gerardi Conadera gebildet hatte: Das „Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ (REMHI) entwickelte einen methodischen Ansatz, der darauf abzielte, komplexe Lebens- und Leidensgeschichten mit den Betroffenen zu bearbeiten und öffentliche Räume für Erinnerungsarbeit zu schaffen (Oettler 2004a). Das kirchliche Projekt schuf dabei nicht nur eine Sensibilität für die Schwierigkeiten des

Zeugnisablegens in einem Land, in dem die lokalen Strukturen der Repression und die Mechanismen der rassistischen Exklusion fortwirkten und Täter und Opfer eng beieinander lebten. Der im April 1998 vorgelegte Abschlussbericht, *Guatemala – nunca más* (Misereor 1998), war zudem ein wichtiger Referenzpunkt für die Mitarbeiter der offiziellen Kommission, die zentrale Aspekte der kirchlichen Berichterstattung übernahmen.

48 Stunden nach der Veröffentlichung des Berichtes wurde Bischof Gerardi in seiner Garage erschlagen. Dieses Verbrechen paralyisierte zwar kurzfristig sowohl potentielle Zeugen als auch Erinnerungsarbeiter, doch langfristig wurde durch diesen Mord eine Märtyrerfigur geschaffen, die den Aufarbeitungsprozess bis heute stützt.

Als die Wahrheitskommission ihren Abschlussbericht im Februar 1999 im Nationaltheater von Guatemala-Stadt präsentierte, zeigte sich die bürgerliche Öffentlichkeit von den Ergebnissen der historischen Aufklärung geschockt. Sie wurde mit der Tatsache konfrontiert, in einem Land zu leben, in dem der Staatsterror genozidale Ausmaße erreicht hatte. Die Kommission, die die Zahl der Opfer insgesamt auf 200.000 geschätzt und 626 Massaker nachgewiesen hatte, war zu dem Ergebnis gekommen, dass in bestimmten Regionen des Landes zwischen 1982 und 1984 Genozid verübt worden war (CEH 1999).

Nach der Veröffentlichung des Abschlussberichtes wurde zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine freie und umfassende Debatte geführt, die über die Zurechnung von Schuld hinausging. Thematisiert wurde nun unter anderem die rassistische und autoritäre Grundstruktur der guatemalteken Gesellschaft. An dieser Debatte beteiligten sich nicht nur die meinungsbildenden Akteure, sondern auch viele Personen, die sich noch nie mit der Geschichte ihres Landes auseinandergesetzt hatten. Auch wenn die Diskussion so schnell wieder abebbte, wie sie aufgekommen war, hatte das vorherrschende Geschichtsverständnis, welches die Doktrin der Nationalen Sicherheit verteidigte und die Opfer zu Subversiven machte, erhebliche Risse bekommen. Die "Kommission zur historischen Aufklärung" hat einen wichtigen Grundlagentext geschaffen, der bereits heute in das kulturelle Gedächtnis des Landes eingeflossen ist.

In den ersten Jahren nach dem Friedensschluss hatten sich in Guatemala demokratische Spielräume geöffnet. Als die Wahrheitskommission Mitte 1997 ihre Arbeit aufnahm, schienen sich zumindest auf der Ebene der nationalen politischen Kultur die Zügel der Repression zu lockern. Doch bereits ein Jahr nach der Veröffentlichung des Abschlussberichts, der "Erinnerung

an das Schweigen” betitelt ist, kam ein aus dem populistischen Präsidenten Alfonso Portillo und dem Kongresspräsidenten und ehemaligen Diktator Efraín Ríos Montt bestehendes Gespann an die Macht (Oettler 2003), das weder die Empfehlungen der Kommission umsetzte noch andere erinnerungspolitische Schritte einleitete. Im Gegenteil, bereits wenige Monate nach dem Antritt des neuen Präsidenten verschlechterte sich die Menschenrechtssituation. Insbesondere diejenigen, die aktiv für die strafrechtliche Ahndung von Menschenrechtsverletzungen eintraten, standen unter dem Damoklesschwert der Repression. Während die so genannte Alltagskriminalität explodierte und sich das Netz der organisierten Kriminalität strukturell weiter ausdehnte, begannen die in den 1980er Jahren in “Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen” zwangsorganisierten Männer im Juni 2002, Entschädigungen für ihre geleisteten Dienste einzufordern und entsprechenden Druck auszuüben (Oettler 2004c). Nachdem noch unter Präsident Portillo etwa 250.000 *Patrulleros* erste Ratenzahlungen erhalten hatten, verkündete Oscar Berger im Wahlkampf, dass er mit den Zahlungen zwar nicht einverstanden sei, sie aber als Regierungsverpflichtungen seines Vorgängers fortführen werde. Seit dem Amtsantritt Bergers im Januar 2004 hat das guatemaltekeische Verfassungsgericht dreimal die diesbezüglichen Gesetzesvorlagen als verfassungswidrig abgelehnt. Nachdem im Urteil vom Februar 2005 auf andere Möglichkeiten verwiesen wurde, die Gruppe der potentiellen Entschädigungsempfänger zu unterstützen, wurde die Umsetzung entsprechender Projekte in Aussicht gestellt. Die Entschädigungsfrage entwickelte sich insofern zum “Dolchstoß” des guatemaltekeischen Aufarbeitungsprozesses, als sie die Reorganisation der (ehemaligen) Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen zu legitimieren vermochte und damit zu einer partiellen Wiederbelebung der repressiven Strukturen der 1980er Jahre führte. Nur vor dem Hintergrund der Forderungen, die die Mitglieder der ehemaligen PAC (*Patrullas de Autodefensa Civil*) erhoben hatten, kam auch Bewegung in die Frage der Opferentschädigungsleistungen. Noch unter Präsident Portillo wurde eine Nationale Entschädigungskommission eingerichtet, die dem von der Wahrheitskommission empfohlenen Entschädigungsprogramm Gestalt verleihen sollte. Nach dem Regierungswechsel im Januar 2004 übernahm Rosalina Tuyuc, Gründerin der Witwenorganisation CONAVIGUA (*Coordinadora Nacional de Viudas de Guatemala*), den Vorsitz der Entschädigungskommission. In der Folgezeit erschwerten vor allem Spannungen innerhalb der Kommission und die nur unzureichende Budgetierung dieses Gremiums den Fortgang des Projektes. Die ersten greifbaren Ergebnisse sind

die institutionelle Ausgestaltung des Programms (das im Februar 2005 wiederum durch ein Regierungsdekret – und nicht durch ein Gesetz – abgesichert wurde) und die Entscheidung über das Procedere der Erfassung der Opfer. Bei der Umsetzung des Nationalen Entschädigungsprogramms besteht jedoch nach wie vor das Problem, dass erstens die Finanzierung nicht gesichert ist, dass sich zweitens die traditionellen Grabenkämpfe der linken Zivilgesellschaft innerhalb der Entschädigungskommission fortsetzen, und dass drittens der Staat die Verantwortung für die Entschädigungen nur sehr halbherzig annimmt (Oettler 2005).

Die dritte Säule staatlicher Vergangenheitsaufarbeitung in Guatemala, die strafrechtliche Ahndung von Menschenrechtsverletzungen, stößt grundsätzlich an die engen Grenzen des traditionell schwachen Justizsystems. Fast zeitgleich mit der Unterzeichnung der Friedensverträge verabschiedete der Kongress ein Amnestiegesetz, das unter Bezugnahme auf internationale Abkommen die Straftatbestände Folter, Genozid und Verschwindenlassen von einer Amnestierung ausnahm. Obwohl der Kampf gegen die Straflosigkeit nach der Veröffentlichung des Abschlussberichtes der CEH Auftrieb erhielt und einige Prozesse im In- und Ausland angestrengt wurden, ist insgesamt zu konstatieren, dass der Kampf gegen die *Impunidad* bislang keine nachhaltigen Ergebnisse hervorgebracht hat (FMM 2004).

Der Fall Gerardi zeigt, dass es in Guatemala keiner Amnestiegesetze bedarf, um Täter vor der Strafverfolgung zu schützen (Oettler 2005). Vor dem Hintergrund der Unfähigkeit des guatemaltekischen Justizwesens wurde immer wieder versucht, vor internationalen Gerichten Urteile zu erstreiten. Nachdem die „Kommission zur historischen Aufklärung“ genozidale Handlungen nachgewiesen hatte, reichte Rigoberta Menchú Tum 2000 in Spanien eine Völkermordklage gegen den ehemaligen Diktator Efraín Ríos Montt ein. Der spanische Nationalgerichtshof hat die Klage indes nur partiell angenommen und ermittelt gegenwärtig im Fall der Ermordung dreier spanischer Botschaftsangehöriger im Zuge des Massakers in der spanischen Botschaft vom Januar 1980. Die Ausstellung eines internationalen Haftbefehls gegen Donaldo Álvarez Ruiz, seinerzeit Minister, ist ein entscheidender Schritt, der aber auch die Grenzen internationaler Strafgerichtsbarkeit deutlich werden lässt.

2.3 Aufklärungsinitiativen in Honduras

Die Wiedereinführung der Demokratie in Honduras Anfang der 1980er Jahre markierte keinen grundlegenden Umschwung des zivil-militärischen Ver-

hältnisses. Erst als die US-amerikanische Unterstützung für das honduranische Militär vor dem Hintergrund der Wahlniederlage der Sandinisten Anfang der 1990er Jahre zu schwinden begann, erstarkten die Reformkräfte. Während der Amtszeit von Carlo Roberto Reina, der die Wahlen mit dem Programm einer "moralischen Revolution" gewonnen hatte, wurden mehrere Anläufe zur Reformierung des Polizeiwesens und zur Stärkung der Zivilgewalt unternommen. In diesen Zeitraum fielen auch erste Versuche, die Menschenrechtsverletzungen der 1970er und 1980er Jahre aufzuarbeiten. Dabei handelte es sich um keine von der Exekutive legitimierte Bemühungen.

Nachdem die Präsidentschaftskandidaten sich Ende 1992 gegenseitig bezichtigt hatten, in Menschenrechtsverletzungen verstrickt gewesen zu sein, initiierte der Menschenrechtsbeauftragte, Leo Valladares, eine Untersuchung zum Schicksal von 184 Personen, die in den 1980er Jahren verschwunden waren. Als die Untersuchungsergebnisse Ende 1993 vorgelegt wurden (Valladares 1994), provozierte dies weder eine breite öffentliche Debatte, noch, wie in El Salvador und Guatemala zu beobachten, die Zurückweisung seitens der Regierung. Die Empfehlungen untermauerten vielmehr den Weg, den der Präsident bereits eingeschlagen hatte. Eine öffentliche Debatte setzte erst Anfang Juni 1995 ein, als drei ehemalige Militärangehörige das Militär für die Menschenrechtsverletzungen und das Verschwindenlassen der 184 Menschen verantwortlich machten. Dabei verlieh nicht nur die öffentliche Aussage der Militärs der Debatte Auftrieb, sondern auch die zeitgleiche Präsentation von CIA-Akten, die die Aussagen unterstrichen. Wie auch Jahre später im guatemaltekischen Fall sollte sich die Freigabe von CIA-Dokumenten für den Fortgang der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit als entscheidend erweisen. 1996 begann Menschenrechtsbeauftragter Valladares mit der Aufarbeitung des CIA-Aktenmaterials und veröffentlichte eine zweite Dokumentation zu den Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit mit dem Titel: "Auf der Suche nach verborgenen Wahrheiten" (Valladares/Peacock 1998).

Auch in Honduras wurde der formaldemokratische Übergang von dem Verzicht auf Strafverfolgung begleitet (Kaye 1997). Auf das Amnestiegesetz von 1987 folgten 1990 und 1991 zwei weitere rechtliche Regelungen, die politische und damit zusammenhängende Straftaten von einer Strafverfolgung ausnahmen. Der Erlass von Amnestiegesetzen stellte jedoch auch in Honduras nicht den Schlusspunkt des Kampfes gegen die Straflosigkeit dar. Der erste aufsehenerregende Versuch, Militärangehörige aufgrund von Menschenrechtsverletzungen vor Gericht zu bringen, erfolgte Mitte 1995, als der

Sonderstaatsanwalt für Menschenrechtsverletzungen gegen zehn Militär-angehörige wegen Entführung und versuchtem Mord an sechs Studenten (1982) Anklage erhob. Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vom Januar 1996 musste die Beweisaufnahme gegen die Angeklagten, die sich auf die Amnestiegesetze berufen hatten, abgeschlossen werden, bevor über eine Amnestie entschieden werden könnte. Zwei Jahre später wurde der Fall untersucht und die Amnestie gewährt. Das Berufungsverfahren konnte eingeleitet werden, nachdem der Oberste Gerichtshof im Juni 2000 entschieden hatte, dass die Amnestierung der Angeklagten unzulässig war und den Fall an den Ersten Strafgerichtshof zurückverwies. 2001 reduzierte das Appellationsgericht das Strafmaß für einen der schließlich Verurteilten (Alexander Hernández Santos), und verfügte im Mai 2002 dessen Freilassung. Diese sollte insofern keine Nachhaltigkeit besitzen, als weitere Verfahren gegen ihn anhängig waren und auch das *Ministerio Público* erneut Berufung einlegte.

Auch der honduranische Fall zeigt, dass sich der Kampf gegen die Straflosigkeit über Jahrzehnte erstrecken kann. Das langwierige Ringen um Entschädigungen ist bislang ebenfalls nur in wenigen Fällen zu einem erfolgreichen Ende gelangt. Im November 2000 wurde den Familien von 17 der 184 Verschwundenen eine Entschädigung zugesprochen, nachdem bereits vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission eine entsprechende Entscheidung erstritten worden war.

2.4 Der Schlussstrich in Nicaragua

Die Tausende von Toten, die zwischen 1979 und 1990 in Nicaragua beklagt wurden, waren weniger die Folge der repressiven Regierungspraxis des FSLN, sondern vielmehr das Ergebnis des jahrelangen Contra-Krieges. Als der FSLN mit den Wahlsiegern um Violeta Chamorro 1990 die Modalitäten des Übergangs verhandelte, existierten keine gesellschaftlichen Kräfte, welche die Einsetzung vergangenheitspolitischer Instrumente eingefordert hätten. Der mithin gewählte Umgang mit der Vergangenheit war der des Schlussstrichs. Im März und Mai 1990 wurden daher zwei Amnestiegesetze erlassen, welche für den gesamten Zeitraum der sandinistischen Herrschaft und für einen breiten Täterkreis gelten sollten.

In Nicaragua stellte sich das Problem einer Aufarbeitung von massiven Menschenrechtsverletzungen wie illegalen Hinrichtungen und Verschwindenlassen nicht in dem Maße wie in anderen zentralamerikanischen Staaten. Die Gegenwartsproblematik des Recompa-/Recontrakrieges (Kurtenbach

1998) und die Untätigkeit staatlicher Instanzen bezüglich mehrerer in diesem Zusammenhang begangener Morde in den nördlichen Provinzen Jinotega und Matagalpa überdeckten vielmehr die Problematik vergangenen Unrechts. Eine umfassende selbstkritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der sandinistischen Regierungspraxis, die starke autoritäre Züge getragen hatte, hat bis heute nicht stattgefunden.

2.5 Nachholende Aufklärung in Panama

Die panamaische Vergangenheitspolitik stand zunächst im Schatten der US-Invasion von 1989, in deren Folge sich nicht nur Manuel Noriega vor einem US-amerikanischen Gericht verantworten musste, sondern Hunderte seiner zivilen und militärischen Gefolgsleute ohne Gerichtsverfahren inhaftiert wurden. Die "Operation Just Cause" führte zur Einsetzung der Regierung, die bei den Wahlen im Mai 1989 den von Noriega nicht anerkannten Wahlsieg errungen hatte. Nach seiner Amtsübernahme bat Präsident Guillermo Endara Galimani den panamaischen Erzbischof, eine "Kommission zur Nationalen Versöhnung" einzuberufen, um vergangenheitspolitische Leitlinien zu entwickeln. Diese Kommission legte am 13. August 1990 einen Empfehlungskatalog vor, der jedoch nicht auf der Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen beruhte. In der Folge verschwand die Vergangenheitspolitik daher zunächst von der innenpolitischen Agenda. Wie auch in anderen Ländern waren die vergangenheitspolitischen Forderungen der Angehörigen von Verschwundenen ausschlaggebend für die Einsetzung einer Wahrheitskommission. Das "Panamaische Komitee der Angehörigen von Verschwundenen Hector Gallego" (COFADEPA-HG) schätzte, dass zwischen 1968 und 1989 insgesamt 120 Personen entführt und ermordet wurden und setzte sich unter anderem für die Exhumierung menschlicher Gebeine in der ehemaligen Kaserne "Los Pumas" in Tocumen ein (Oettler 2004d). Nach ersten nicht-offiziellen Ausgrabungen im September 1999 ordnete Präsidentin Mireya Moscoso im Dezember 2000 erste offizielle Exhumierungen an.

Aufgrund der Leichenfunde und zahlreicher Petitionen von Menschenrechtsorganisationen berief Präsidentin Moscoso am 18. Januar 2001 eine Wahrheitskommission unter dem Vorsitz des katholischen Aktivisten Alberto Santiago Almanza Henríquez ein. Ihr sollten sechs weitere Personen aus dem kirchlichen und Menschenrechtssektor angehören (Dekret Nr. 2), doch nur die männlichen Kommissionsmitglieder traten ihr Amt auch an. Ihr Mandat umfasste die Aufklärung der Fälle von Menschenrechtsverletzungen, in denen das Recht auf Leben verletzt worden war. Ziel der Kommission war

es daher nicht, ein umfassendes Bild der Repression der vergangenen Jahrzehnte zu zeichnen oder konkrete Täteridentitäten zu veröffentlichen. Diese sollten vielmehr an den Generalstaatsanwalt (*Procurador General de la Nación*) weitergeleitet werden.

Wie auch in Guatemala überraschte die panamaische Wahrheitskommission durch die weitgehende Ausschöpfung ihres Mandats. Als sie am 17. April 2002 in einer öffentlichen Zeremonie ihren Abschlussbericht präsentierte, konnte sie insgesamt 70 extralegale Hinrichtungen und 40 Fälle von Verschwindenlassen nachweisen. Außerdem hatte sie sich nicht darauf beschränkt, Menschenrechtsverletzungen mit Todesfolge zu untersuchen, sondern wies zudem angewandte Folterpraktiken und die Ineffizienz (und Mitschuld) des Justizsystems nach. Ergänzt wurden diese Untersuchungen durch ein "historisches Panorama" und die Beschreibung von Traumatisierungsprozessen und sozialpsychologischen Folgen der staatlichen Repression.

Die panamaische Vergangenheitspolitik zeigt das Janusgesicht staatlicher Bemühungen um eine Aufklärung der Vergangenheit. Einerseits war die Tätigkeit der Wahrheitskommission ein bedeutender Schritt zur Aufklärung konkreter Verbrechen – die Untersuchungspraxis, die sich vor allem durch die Durchführung zahlreicher Exhumierungen ausgezeichnet hatte, wurde auch nach der Veröffentlichung des Abschlussberichtes fortgeführt – andererseits muss der präsidiale Wille zur Aufklärung der Vergangenheit auch im Kontext gegenwärtiger politischer Entwicklungen bewertet werden. Präsidentin Mireya Moscoso, Witwe des 1968 gestürzten Präsidenten Arnulfo Arias Madrid, betonte mit der Einberufung der Kommission die blutige Vergangenheit der gegnerischen Partei PRD (*Partido Revolucionario Democrático*), die in den 1970er Jahren von General Torrijos gegründet wurde und deren Vorsitzender der Sohn des Generals, Martín Torrijos, ist.

In allen vier untersuchten Ländern, in denen aktive vergangenheitspolitische Ansätze verfolgt wurden, haben vor allem die offiziellen und inoffiziellen investigativen Bemühungen um eine Aufarbeitung der Vergangenheit konkrete Ergebnisse hervorgebracht. Die nationalen Wege der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verlaufen jedoch in einem Terrain, das von einer internationalen Aufarbeitungsbewegung abgesteckt wird (Oettler 2004b). Transnationale Netzwerke wirken dabei auf unterschiedlichen – lokalen, nationalen und transnationalen – Ebenen der Politikformulierung, -entscheidung und -durchführung. Für den zentralamerikanischen Prozess der Aufarbeitung waren und sind drei Stränge dieses Netzes von besonderer

**Offizielle und inoffizielle Untersuchungskommissionen
in Zentralamerika**

	Guatemala	El Salvador	Honduras	Panama
Entstehung	Friedensabkommen (1994): CEH <i>Initiative der katholischen Kirche (1994): REMHI</i>	Friedensabkommen (1992)	Initiative des Menschenrechtsbeauftragten (1992)	Präsidentiales Dekret (2001)
Abschlussberichte	Erinnerung an das Schweigen (1999) <i>Guatemala – Nie wieder! (1998)</i>	Vom Wahnsinn zur Hoffnung (1993) <i>[Bericht der Ad-Hoc-Kommission zur Untersuchung des Verhaltens hochrangiger Militärangehöriger (1992)]</i>	Die Tatsachen sprechen für sich (1993) Auf der Suche nach verborgenen Wahrheiten (1996)	... Die Wahrheit wird euch befreien (2002)
Zusammensetzung	Christian Tomuschat (Völkerrechtsprofessor Deutschland); Alfredo Balsells Tojo (Anwalt, Guatemala); Otilia Lux de Cojtí (Pädagogin, Guatemala)	Belisario Betancur (Ex-Präsident, Kolumbien); Reinaldo Figueiredo (Ex-Außenminister, Venezuela), Thomas Buergenthal (Ex-Präsident Inter-amerikanischer Menschenrechtsgerichtshof)	Leo Valladares (Menschenrechtsbeauftragter, Honduras)	Alberto Almanza; Juan Antonio Tejada Mora; Osvaldo Velásquez, Bischof Julio Murria; Fernando Berguido (alle Panama)
Mandat	Detaillierte Aufklärung aller Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten	Aufklärung illustrativer Fälle von Menschenrechtsverletzungen	Aufklärung der Fälle von Verschwindenlassen	Aufklärungen von Menschenrechtsverletzungen mit Todesfolge
Amnestien	1996 (nimmt Folter, Genozid und Verschwindenlassen aus)	1993 (2000 vom Obersten Gerichtshof bestätigt)	1991 (1990, 1987)	Keine an die demokratische Transition gekoppelte Amnestieregelung

Bedeutung: Erstens wurde der Kampf gegen das Verschwindenlassen, wie auch die Forderung nach der Einsetzung von Wahrheitskommissionen, im kontinentalen Zusammenhang der Angehörigenorganisationen von Verschwundenen und ihrer latein- und zentralamerikanischen Dachverbände organisiert und weiterentwickelt. Zweitens erhielt in allen vier dargestellten Staaten die Wahrheitsfindung durch freigegebene Dokumente der US-Geheimdienste ein solideres Fundament. Die Dokumentation der (militär-)politischen Aktivitäten Washingtons in der Region wurde durch das Engagement der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation "National Security Archive" wesentlich erleichtert. Drittens wird die Tätigkeit von Wahrheitskommissionen von professionellen Vergangenheitsarbeitern beziehungsweise internationalen "Aufarbeitungsconsultants" unterstützend begleitet (Oettler 2004b).

3. Mit offenem Ende

Der zentralamerikanische Umgang mit der Vergangenheit ist ein komplexer Prozess vor dem Hintergrund fragiler Kräfteverhältnisse. Dabei ist der Einsatz vergangenheitspolitischer Instrumente nicht das Resultat eines unangefochtenen gesellschaftlichen Konsenses zur Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern vielmehr in bedeutendem Maße ein Produkt internationaler politischer Entwicklungen. Nach dem Ende des Kalten Krieges hatte der Menschenrechtsdiskurs weltweit einen Aufschwung erlebt (Sikkink 1993). Vor diesem Hintergrund wurde die Idee der Versöhnung zur Grundvokabel der internationalen Zusammenarbeit und die Untermauerung von Transitionsprozessen durch die Einsetzung von Wahrheitskommissionen zur Norm. Dies manifestierte sich auch im zentralamerikanischen Kontext. Deutlich wird aber auch, dass der transnationale Aufarbeitungsimperativ in Zentralamerika an die Grenzen lokaler Kräfteverhältnisse stößt. Während einerseits repressive Strukturen – vor allem in Guatemala – eine aktive Auseinandersetzung mit den Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten verunmöglichen, sind es andererseits auch die psychischen Gewaltfolgen, die das Schweigen über die Vergangenheit verstärken.

Grundsätzlich scheinen die Ergebnisse der Wahrheitsfindung in El Salvador, Guatemala, Honduras und Panama hauptsächlich die Kreise von Akademikern, interessierten Zeitungslesern, organisierten Opfern und internationalen Beobachtern zu erreichen. Mit den Wahrheitskommissionen wurden investigative Instanzen einberufen, die in nur wenigen Monaten das Vertrauen von Zeugen gewinnen sollten, deren Alltag in vielen Fällen auch heute

noch von Gewalt und Willkür geprägt ist (Zur 1998). Auf die Schwierigkeiten vieler Mitarbeiter der Wahrheitskommissionen, die Mauern des Schweigens der Opfer aufzubrechen und Vertrauen zu den Zeugen herzustellen, haben die Kommissionsmitglieder Tomuschat (2000) und Buergenthal (1995) verwiesen. Jahrzehntelange Angst vor lokalen und nationalen Akteuren der Aufstandsbekämpfung hatten dazu geführt, dass viele Opfer Abwehrmechanismen – wie etwa Verleugnung, Negation, Abspaltung, Derealisierung, Flucht in Alkohol oder evangelikale Religiosität – entwickelt haben. In Guatemala und El Salvador versuchen einige zivilgesellschaftliche Initiativen derzeit, die mangelnde sozialpsychologische Betreuung durch staatliche Institutionen auszugleichen (Sieder 2001).

Durch den hohen Unbekanntheitsgrad der Wahrheitskommissionen (für El Salvador IUDOP 1993) ist, was auf den ersten Blick paradox erscheint, bedeutend, dass mit den Wahrheitskommissionen Institutionen geschaffen wurden, die die Erfahrungen von Zeitzeugen dokumentierten. Die guatemaltekische Kommission erarbeitete ein Kompendium des Krieges, das eine umfassende Schuldzuweisung vornimmt und sowohl die Äußerungen von Zeugen, die es vielleicht heute nicht mehr wagen würden, Zeugnis abzulegen, als auch weithin tabuisierte Erfahrungsdimensionen dokumentiert.⁶ Dieses Kompendium ist nun als das Ergebnis offizieller Aufklärung in den „Außenspeicher der Kommunikation“ (Assmann 1999: 22) eingegangen, aus dem sich das kulturelle Gedächtnis speist. Die Aufarbeitung von Vergangenheit ist ein Prozess, der sich über mehrere Generationen erstreckt und in ganz Zentralamerika erst am Anfang steht. In allen Ländern zeigt sich, dass eine vergangenheitspolitische Grundsatzentscheidung nur **eine** Phase des Aufarbeitungsprozesses zu bestimmen vermag. In El Salvador und Guatemala bestimmten die Delegationen der Regierung und Guerillaverbände, aber auch die in den Verhandlungsprozess eingebundenen internationalen Akteure die „offiziell sanktionierte Tatsachenfeststellung“ (Hayner 2001) durch Wahrheitskommissionen als den Kern der Vergangenheitspolitik. In beiden Ländern war indes die Debatte um die Vergangenheit mit der Veröffentlichung der Wahrheitsberichte noch nicht zu einem Ende gekommen. Insbesondere der Kampf gegen die Straflosigkeit und für Reparationsleistungen

6 Dazu gehören neben den psychologischen Folgen des Terrors vor allem die sexuelle Gewalt gegen Frauen. Dass diese Aspekte Gegenstand der Berichterstattung wurden, verdankt sich der Einbeziehung der Kommissionsmitarbeiter in die internationale Debatte, wie sie in Lateinamerika u.a. von Elizabeth Lira Kornfeld, Eugenia Weinstein, David Becker und Elizabeth Jelin vorangetrieben wird.

wurde von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen fortgeführt. In diesem Zusammenhang wurde der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof zu einem bedeutenden Akteur.

In Guatemala sind in den vergangenen Jahren paradigmatische Urteile gefällt worden, unter anderem zum Massaker "Plan de Sánchez", dem Verschwindenlassen von Molina Theissen oder zur extralegalen Hinrichtung von Myrna Mack. In El Salvador ist das Schicksal verschwundener Kinder seit vielen Jahren Gegenstand politischer, juristischer und medialer Auseinandersetzungen (Amnesty International 2003). Die zivilgesellschaftliche *Asociación Pro-Búsqueda* hat bisher 250 von etwa 700 Fällen untersucht und etwa 166 Familienzusammenführungen durchgeführt. Im Oktober 2004, mehr als eine Dekade nach der Einsetzung der Wahrheitskommission, wurde schließlich die Einsetzung einer staatlichen Kommission zur Untersuchung des Schicksals von verschwundenen Kindern dekretiert. Einige Monate später, im März 2005, wurde der salvadorianische Staat vom Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof für das Verschwinden der Geschwister Serrano verantwortlich gemacht und unter anderem zu einem öffentlichen Schuldeingeständnis, zur Einrichtung eines Gedenktages für verschwundene Kinder und zu Entschädigungszahlungen verurteilt.

Die Auseinandersetzungen um offizielle Aufklärung, Reparationsleistungen und Strafprozesse in Zentralamerika dauern bis heute an. Sie sind zugleich Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und bestehender Konfliktlinien. Jenseits der Bemühungen um eine institutionelle Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten werden auch Formen der Bewahrung von Erinnerung und der Vermittlung von Erfahrungen immer wichtiger. Dies wird an der zunehmenden Bedeutung von Autobiographien, Filmen und anderen Dokumentationsformen deutlich, wie jüngst in Panama und Nicaragua zu beobachten.

Literaturverzeichnis

- Amnesty International (2003): *El Salvador: Where are the "disappeared" children?* AMR29/004/2003.
- Assmann, Jan (1999): *Das kulturelle Gedächtnis: Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. München.
- Buergenthal, Thomas (1995): "The United Nations Truth Commission for El Salvador". In: Kritz, Neil J. (Hrsg.): *Transitional Justice. How Emerging Democracies Reckon with Former Regimes*. Washington, D.C.

- CEH (Comisión para el Esclarecimiento Histórico) (1999): *Guatemala. Memoria del Silencio*. Guatemala.
- Forsberg, Tuomas/Teivanen, Teivo (1998): *The Role of Truth Commissions in Conflict Resolution and Human Rights Promotion. Chile, South Africa and Guatemala*. UPI Working Papers 10/1998.
- Fuchs, Ruth/Nolte, Detlef (2004): "Politikfeld Vergangenheitspolitik. Zur Analyse der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika". In: Institut für Iberoamerikakunde (Hrsg.): *Lateinamerika-Analysen* 9: 59-92. Hamburg.
- Fundación Myrna Mack (FMM) (2004): Apuntes sobre los engranajes de la impunidad en casos de violaciones a los derechos humanos en Guatemala, Guatemala-Stadt.
- Hayner, Priscilla B. (2001): *Unspeakable Truths. Confronting State Terror and Atrocity*. New York/London.
- IUDOP (Instituto Universitario de Opinión Pública)/Universidad Centroamericana José Simeón Cañas (1993): *La Opinión de los Salvadoreños sobre la Comisión de la Verdad* (Boletín de Prensa, Jg. VIII, Nr. 2).
- Jonas, Susanne (2000): *De Centauros y Palomas. El Proceso de Paz Guatemalteco*. Guatemala-Stadt.
- Kaye, Mike (1997): "The Role of Truth Commissions in the Search for Justice, Reconciliation and Democratisation. The Salvadorean and Honduran Cases". In: *Journal of Latin American Studies* Nr. 29, S. 693-716.
- König, Helmut/Kohlstruck, Michael/Wöll, Andreas (Hrsg.) (1998): *Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jahrhunderts* (Leviathan Sonderheft Nr. 18). Opladen.
- Kritz, Neil J. (Hrsg.) (1995): *Transitional Justice. How Emerging Democracies Reckon with Former Regimes*. Washington, D.C.
- Krosigk, Friedrich von (1999): *Panama. Transit als Mission. Leben und Überleben im Schatten von Camino Real und transisthmischem Kanal*. Frankfurt am Main.
- Kurtenbach, Sabine (1996): "Verdrängen, Vergessen, Versöhnen. Vergangenheitsbewältigung in Zentralamerika". In: Nolte, Detlef (Hrsg.): *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*. Frankfurt am Main, S. 213-225.
- (1998): "Schafft ein Friedensvertrag schon Frieden? Das Beispiel Zentralamerikas". In: Heintze, Hans-Joachim, (Hrsg.): *Moderner Minderheitenschutz. Rechtliche oder politische Absicherung?* Bonn.
- Misereor (Hrsg.) (1998): *Guatemala. Nie wieder – Nunca más. Bericht des Interdiözesanen Projekts Wiedergutmachung der geschichtlichen Wahrheit*. Aachen.
- Nolte, Detlef (Hrsg.) (1996): *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*. Frankfurt am Main.
- Oettler, Anika (2003): *Die Wiederbelebung der Vergangenheit? Guatemala im Wahljahr 2003*. In: *Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 6, Institut für Iberoamerika-Kunde. Hamburg.
- (2004a): *Erinnerungsarbeit und Vergangenheitspolitik in Guatemala*. Frankfurt am Main.
- (2004b): "Der Stachel der Wahrheit. Zur Geschichte und Zukunft der Wahrheitskommission in Lateinamerika". In: Institut für Iberoamerika-Kunde (Hrsg.): *Lateinamerika-Analysen* 9, S. 93-127.

- (2004c): “Guatemala. Demokratie auf dem Nährboden der Gewalt. Zu den Perspektiven des Friedensprozesses unter der neuen Regierung Berger”. In: *Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 3, Institut für Iberoamerika-Kunde. Hamburg.
- (2004d): “Panama – Personalismus und programmatische Leere. Zu einem Duell alter Rivalen und zu den wichtigen und nichtigen Wahlkampfthemen”. In: *Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 8, Institut für Iberoamerika-Kunde. Hamburg.
- (2005): “Guatemala. Zwanzig Jahre Demokratie”. In: *Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 13, Institut für Iberoamerika-Kunde. Hamburg.
- Popkin, Margaret (1998): “La Amnistía Salvadoreña. Una perspectiva comparativa. ¿Se puede enterrar el pasado?”. In: *ECA*, Nr. 597-598, S. 643-656.
- (2000): *Peace without Justice. Obstacles to Building the Rule of Law in El Salvador*. Pennsylvania.
- Sieder, Rachel (2001): “War, Peace and Memory Politics in Central America”. In: Barahona de Brito, Alexandra/González-Enriquez, Carmen/Aguilar, Paloma (Hrsg.): *The Politics of Memory. Transitional Justice in Democratizing Societies*. Oxford, S. 161-189.
- Sikkink, Kathryn (1993): “Human Rights, Principled Issue-networks and Sovereignty in Latin America”. In: *International Organization* 47/3, S. 411-441.
- Tomuschat, Christian (2000): “Vergangenheitsbewältigung durch Aufklärung. Die Arbeit der Wahrheitskommission in Guatemala”. In: Fastenrath, Ulrich (Hrsg.): *Internationaler Schutz der Menschenrechte. Entwicklung – Geltung – Durchsetzung – Aussöhnung der Opfer mit den Tätern*. Dresden/München, S. 137-178.
- Valladares, Leo (1994): *Los Hechos Hablan Por Si Mismos: Informe Preliminar Sobre Los Desaparecidos en Honduras 1980-1993*. National Commissioner for the Protection of Human Rights in Honduras. Tegucigalpa.
- Valladares, Leo/Peacock, Susan C. (1998): *In Search of Hidden Truths. An Interim Report on Declassification by the National Commissioner for Human Rights in Honduras*. <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/latin-america/honduras/hidden_truths/hidden.htm> (02.08. 2005).
- Wilson, Richard (1997): *The People's Conscience? Civil Groups, Peace and Justice in the South African and Guatemalan Transitions*. CIIR, London.
- Zur, Judith N. (1998): *Violent Memories. Mayan War Widows in Guatemala*. Boulder, Col.